



Der 14. Juli steht weltweit für eine Realität jenseits der binären Geschlechternormen. Der Internationale Tag der nichtbinären Menschen, der seit 2012 jährlich begangen wird, markiert einen Moment der Sichtbarmachung, des Stolzes – und zunehmend auch des politischen Widerstands. Denn während die gesellschaftliche Wahrnehmung nichtbinärer Identitäten wächst, geraten diese in vielen Ländern wieder verstärkt unter Druck.

Gerade die Entwicklungen in Deutschland und Frankreich – zwei zentralen Staaten in Europas politischer Ordnung – machen deutlich, wie sehr Fortschritt und Rückschritt in dieser Frage Hand in Hand gehen. Zwischen liberalen Reformen, juristischen Auseinandersetzungen und kulturpolitischen Kämpfen formiert sich ein Kontinent, der um die Deutungshoheit über Geschlecht, Identität und Zugehörigkeit ringt.

In Deutschland: Rechtsfortschritt mit Vorbehalt

Mit dem Inkrafttreten des Selbstbestimmungsgesetzes im November 2024 hat Deutschland einen entscheidenden Schritt hin zur Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt gemacht. Die Änderung des Vornamens und des Geschlechtseintrags erfolgt nun auf Grundlage einer einfachen Selbstauskunft – ohne Gutachten, ohne medizinische oder psychologische Zwänge. Für nichtbinäre Menschen ist dies ein symbolisch wie praktisch bedeutsamer Fortschritt.

Doch dieser Fortschritt bleibt nicht unumstritten. Rechte Parteien haben das Thema zum Angriffspunkt gemacht. In Debatten um „Gender-Ideologie“ und vermeintliche „Umerziehung“ wird gezielt gegen das Gesetz mobilisiert. Teile der Öffentlichkeit reagieren mit Skepsis oder gar Ablehnung – ein Hinweis darauf, wie fragil der gesellschaftliche Konsens über Vielfalt tatsächlich ist. Gleichzeitig zeigen gerichtliche Entscheidungen, etwa zur Unzulässigkeit der Auslieferung nichtbinärer Menschen in Länder mit repressiver Gesetzgebung, dass der Rechtsstaat durchaus Schutz bietet – auch jenseits der Mehrheitsmeinung.

Frankreich: Zwischen Fortschritt und Rückschlag

Frankreich präsentiert sich in dieser Debatte widersprüchlich. Außenpolitisch hat sich Paris im Rahmen seiner feministischen Diplomatie zur Förderung geschlechtlicher Gleichstellung und



LGBTQ+-Rechte bekannt. Auf internationaler Bühne setzt man sich für Diversität und Selbstbestimmung ein – mit einer klaren strategischen Orientierung.

Im Inland hingegen wächst der Widerstand gegen sprachliche und institutionelle Formen der Inklusion. Regionale Behörden haben inklusive Schreibweisen verboten, und die nationalen Debatten um Pronomen, Sprachpolitik und schulische Aufklärung sind zunehmend ideologisiert. In Teilen der Bevölkerung wird Genderinklusivität nicht als Ausdruck von Freiheit, sondern als Angriff auf kulturelle Identität wahrgenommen. Diese Ambivalenz zeigt sich auch in der Gesetzgebung, die non-binäre Identitäten bislang nicht rechtlich anerkennt. Frankreich bleibt damit ein Beispiel für die Diskrepanz zwischen politischem Anspruch und gesellschaftlicher Realität.

Europa im Spannungsfeld

Europaweit ist die Lage nicht weniger widersprüchlich. Einige Staaten – etwa Deutschland, Island oder Irland – arbeiten aktiv an inklusiven Gesetzgebungen. Andere bewegen sich kaum oder nehmen Errungenschaften wieder zurück. In mehreren osteuropäischen Ländern werden trans- und nichtbinäre Menschen zunehmend zur Zielscheibe politischer Rhetorik. Die Diskussion um Geschlechtervielfalt ist damit längst Teil eines größeren Kulturkampfes geworden, in dem sich gesellschaftlicher Liberalismus und autoritäre Re-Traditionalisierung gegenüberstehen.

Die EU selbst bemüht sich um eine einheitliche Grundrechtsposition, doch fehlen ihr in vielen Fragen die Kompetenzen zur Durchsetzung. So bleibt es den Mitgliedstaaten überlassen, ob und wie sie nichtbinäre Identitäten anerkennen. Gleichzeitig wächst der Druck durch zivilgesellschaftliche Bewegungen, internationale Standards und gerichtliche Entscheidungen, die den Schutz geschlechtlicher Selbstbestimmung einfordern.

Zwischen Symbolpolitik und struktureller Anerkennung

Der heutige Gedenktag ist ein Anlass zur Reflexion – und zur Bilanz. Zwar steigt die Sichtbarkeit nichtbinärer Menschen in Medien, Kultur und Politik. Doch strukturelle Gleichstellung bleibt in vielen Lebensbereichen aus. In Schulen fehlt es an Aufklärung, im



Gesundheitswesen an Sensibilität, in der Verwaltung an inklusiven Formularen. Alltägliche Diskriminierung bleibt verbreitet – sei es in Behörden, am Arbeitsplatz oder im sozialen Umfeld.

Sichtbarkeit allein genügt nicht. Politische Anerkennung muss mit rechtlicher Absicherung, gesellschaftlicher Aufklärung und institutionellem Wandel einhergehen. Das Ideal der Selbstbestimmung darf nicht zur symbolischen Geste verkommen, sondern muss konkret in Recht und Praxis eingelöst werden.

Der Internationale Tag der nichtbinären Menschen 2025 markiert einen Moment des doppelten Befunds: Nie war die gesellschaftliche Debatte um Geschlechtervielfalt so präsent – und nie standen ihre Fortschritte so sehr unter politischem Druck. Deutschland setzt mit dem Selbstbestimmungsgesetz Maßstäbe, doch die Polarisierung wächst. Frankreich zeigt sich als Land mit doppeltem Gesicht: fortschrittlich in der Außenpolitik, zögerlich im Innern. Europa insgesamt bewegt sich zwischen Anerkennung und Abwehr.

In dieser Gemengelage bleibt eines entscheidend: die Verteidigung der Freiheit zur Selbstdefinition. Nicht als individuelles Privileg, sondern als Ausdruck demokratischer Reife.

C. Hatty